

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bantel, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

„Geht das wirklich, Frieden schaffen ohne Waffen? „Schwerter zu Pflugscharen“ war einmal! „Atomkraft nein danke und Kohleausstieg bis 2030!“ seit Sonntag, den 27. Februar 2022 nur noch Makulatur. Säulen grüner Politik, Gewaltfreiheit und Ökologie lösten sich mit atemberaubender Geschwindigkeit in Luft auf. Viele langjährige Wegbegleiter und Sympathisantinnen der Friedensbewegung engagierten sich gegen den Nato-Doppelbeschluss und die daraus resultierende Stationierung der Pershing II in Mutlangen. Ebenso war die Energiegewinnung aus Akws sakrosankt. In Wackersdorf demonstrierte man gegen die Wiederaufbereitungsanlage und in Mutlangen und Ramstein gegen Atomraketen und Marschflugkörper. Unter dem Eindruck des Kriegs in der Ukraine stellt sich die Frage, war die Doktrin der atomaren Abschreckung richtig?

Der Realitätsschock erreicht die deutsche Politik! Der Bundeskanzler sprach in seiner Regierungserklärung zum Krieg in der Ukraine von einer „Zeitenwende.“ Mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro will die Bundesregierung die Bundeswehr sanieren. Zudem sollen mehr als 2% des BIP in die Verteidigung investiert werden. Die Grünen nehmen damit Abschied vom Pazifismus! Habeck: "Ich achte Pazifismus, aber halte ihn für falsch" Dem Vernehmen nach wusste die Grüne Führungsspitze nicht viel vom Deal zwischen Kanzler und Finanzminister.

Unsere Fraktion steht an der Seite der Ukraine. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung des Ostalbkreises ist beispielhaft. Respekt verdienen DRK, Feuerwehr, alle Hilfsorganisationen und Busunternehmer, die Flüchtlinge an der polnischen Grenze zur Ukraine abholen.

Ebenso großes Lob für alle, die kurzfristig Flüchtlinge aufnehmen. Der Schönblick geht hier mit gutem Beispiel voran. Er nahm 34 Flüchtlinge auf. Sie können dort bleiben bis wieder Frieden in ihrer Heimat herrscht.

Dem ersten Bürgermeister Baron und Frau Schneider wünschen wir viel Erfolg bei ihrer Suche nach temporärem Wohnraum für Flüchtlinge.

Der Krieg in der Ukraine trifft die Wirtschaft zu einem heiklen Zeitpunkt. Gemeinderat und Verwaltung müssen die Entwicklung vor allem beim Energiesektor genau beobachten. Schon jetzt gibt es Haushalte, die angesichts der rasant steigenden Gas-, Strom-, und Spritpreise in finanzielle Turbulenzen kommen. Die Kosten für alles was mit diesem Krieg zusammenhängt bezahlen Lieschen Müller und Otto Normalverbraucher.

Herr Bantel, droht uns eine Stagflation? Denn Sanktionen treffen auch immer den, der sie beschließt. Laut Presse ist besonders der Mittelstand betroffen. Bereits jetzt gibt es Engpässe bei den Automobilherstellern und somit auch bei den Zulieferbetrieben. Der Planansatz von 26,4 Millionen Gewerbesteuerereinnahmen wird nicht zu halten sein. Auch der coronabedingte Konjunkturreinbruch ist längst nicht überwunden. Der online

Handel florierte in den vergangenen Jahren ungebremst. Darunter leiden neben unseren Inhaber geführten Geschäften auch Handelsketten mit Filialen in Schwäbisch Gmünd, wie z. B. H&M und Orsay. So schließt H&M weltweit 240 Filialen. Orsay ist von Insolvenz bedroht und flüchtet sich unter einen Schutzschirm.

In das Managen der seit zwei Jahren anhaltenden Pandemie wurde viel investiert. Um die finanziellen Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger abzufedern benötigen die Kommunen finanzielle Hilfe von Bund und Land. Herr Bantel, ist Hilfe in Sicht?

Bund, Länder, Kommunen und Betriebe ermöglichten mit Homeoffice die Arbeit von daheim. Während der Pandemie gewann Homeoffice immer mehr an Bedeutung. Homeoffice leistet sicher einen Beitrag zum Klimaschutz. Allerdings wird die Vereinsamung von Menschen im Homeoffice immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem. Gibt es hierzu Anlaufstellen innerhalb der Verwaltung, bzw. hat die Verwaltung diesbezüglich Erkenntnisse aus der Wirtschaft?

Nun zum 40 ha großen Technologiepark Aspen. Die Machbarkeitsstudie kommt zum Ergebnis, dass der geplante Standort ideale Voraussetzungen für die Entwicklung und Realisierung eines Wasserstoffkompetenzclusters erfüllt. Doch das Land stellte bisher keine Fördermittel in Aussicht. Herr Oberbürgermeister, es ist ja zukunftsweisend, wenn Sie eine Anbindung des Gewerbegebietes mit einem Bahnhof Ost an die Bahn anvisieren. Doch unsere Euphorie hält sich in Grenzen. Die Genehmigungsmühlen der Bahn mahlen langsam. Dabei fallen uns spontan die endlosen Diskussionen um die Unter- bzw. Überführung des Gleis 2 auf dem Bahnhof und die Birkhofbrücke ein.

Inzwischen wandert Zukunftsindustrie in den Osten und Norden! Die Gigafactory Grünheide von Tesla in Berlin-Brandenburg steht bereit zur Produktion. Belgische Investoren planen in Wilhelmshaven einen gigantischen Umschlagplatz für CO<sub>2</sub> und Wasserstoff. Das Milliardenprojekt soll 10 % des deutschen Energiebedarfs decken. Eine Gigafabrik zur Wasserstoffherstellung wird dort aus dem Boden gestampft.

Bosch eröffnete in Saxony Valley Dresden eine der modernsten Chipfabriken der Welt. Die Stadt Gmünd und die Region müssen aufpassen, nicht zum Ruhrpott des Südens zu werden.

Nur wenige Kilometer entfernt, im Hohenlohischen Kupferzell plant die Transnet auf einer Fläche so groß wie mehrere Fußballfelder den bisher größten Netz Booster der Welt. Dagegen formierte sich die BI „Ein Herz für Hohenlohe“. Vielleicht sollte sich die Stadt mal mit der EnBW ins Benehmen setzen, ob unser Technologiepark sich für einen Stromspeicher eignet.

Die Anzahl denkmalgeschützter Gebäude in Deutschland beträgt nur 2-3 %. Nimmt man den Ensembleschutz dazu, so sind es deutlich mehr. Schließt Denkmalschutz eine PV-Anlage aus? Herr Oberbürgermeister ihr Amtskollege aus Konstanz und die Evangelische Kirche Baden machten hierzu einen Vorstoß in Stuttgart. Wir meinen, die Stadt soll prüfen in wieweit Photovoltaik-Anlagen unter Denkmalkriterien in der

Innenstadt möglich sind? Die Stadt soll PV-Anlagen auf allen städtischen Gebäuden, Schulen, usw. anbringen.

Tempo 30! Die Bürgerliste begrüßt den Beitritt zur „Stadtinitiative Tempo 30.“ Das trägt hoffentlich zu mehr kommunaler Selbstbestimmung bei. Dazu gehört auch die individuelle Betrachtung des Lärmaktionsplanes. Stadt und Gemeinderat müssen Prioritäten setzen. Unstrittig ist, eine Reduzierung der Geschwindigkeit trägt zur Lärminderung bei. Ergänzende Maßnahmen sind bessere Rad-, und Fußwege und eine Steigerung der ÖPNV Akzeptanz. Hilfreich wäre ein 365,- € Ticket für alle. Das wäre ein Anreiz für viele Menschen mit Bus und Bahn zu fahren und ein Beitrag zum Klimaschutz. Denn für viele ältere Menschen ist Rad fahren nicht allein selig machend.

Einige von uns erinnern sich vielleicht noch an die grauen Werksbusse der ZF. Unsere Fraktion fordert die Verwaltung auf, bei Betrieben wie z. B. Bosch oder Fein eine Umfrage zu machen, inwieweit die Einführung eines Werksverkehr von den Mitarbeitern angenommen wird.

Die Teilnahme an European Energie Award fördert das Land Baden-Württemberg mit 10 000 €. Viele Städte nehmen bereits am eea teil, unter anderen z. B. Aalen und Waiblingen. Die Teilnahme ist ein Weg, ein Prozess für eine fundierte Analyse. So muss man nicht jeden Tag das Rad neu erfinden.

Ein weiterer Beitrag zum Klimaschutz und zur Vermeidung von Müll in der Stadt wäre die Einführung der Verpackungssteuer nach dem Modell Tübingen.

Bei Veranstaltungen und Events im öffentlichen Raum fallen große Mengen von Müll durch Einweggeschirr, Kaffeebecher usw. an. Durch die Entsorgung entstehen Kosten für den städtischen Haushalt. Ziel der Verpackungssteuer ist es, die Kosten der Müllentsorgung zu reduzieren. Deshalb beantragen wir eine Verpackungssteuer einzuführen, wie sie in Tübingen bereits in Kraft ist.

Ein weiteres wichtiges Thema für unsere Fraktion ist die Abschaffung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024. Nach neuen Informationen des Städtetages schafften inzwischen 65 % aller Kommunen in Baden-Württemberg die unechte Teilortswahl ab. Die Vorteile einer Wahl ohne unechte Teilortswahl sind bekannt. Einige wenige zähle ich zur Erinnerung nochmals auf:

- Wahlverfahren wird vereinfacht! Ungültige Stimmzettel reduzieren sich um die Hälfte
- Ortschaftsverfassung und Ortschaftsräte werden gestärkt
- Reduzierung der Zahl an Gemeinderäten (Wegfall von Ausgleichsitzen)
- Kosten werden durch den Wegfall von 12 Sitzen reduzieren (ca. 40 000 €)
- Gleichberechtigung aller Gemeindeteile wird hergestellt
- Jedes Gemeinderatsmitglied hat per Gesetz die Interessen der gesamten Gemeinde zu vertreten, also auch aller Gemeindeteile.

Die Bürgerliste beantragt, Herrn Brugger, Dezernent des Städtetages zu diesem Thema, zu einem Vortrag in den Gemeinderat einzuladen.

Diese Veranstaltung findet vor der Sommerpause 2022 mit der Präsentation zum Für und Wider „unechte Teilortswahl“ statt.

#### Weitere wichtige Themen unserer Fraktion

Schaut man sich in der Nähe von Schwäbisch Gmünd um, so fällt auf, Jugendherbergen gibt es z. B. in Aalen, Schwäbisch Hall, Bad Urach und Göppingen aber nicht in Schwäbisch Gmünd. Dabei werden Angebote von Jugendherbergen auch für Familien immer wichtiger. Zusammen mit dem Deutschen Jugendherbergswerk suchen Verwaltung und Gemeinderat nach einem geeigneten Standort für eine Jugendherberge. Ideal wäre eine Jugendherberge in der Nähe zur Bahn und zum ZOB. Auch im WOHA oder im GOA- Gebäude ist ein Jugendhotel vorstellbar. Vielleicht findet sich ein Investor, der auf dem Gleispark ein Jugendhotel erstellt?

Einige hier im Raum erlebten den Schießtalsee noch als Badesee. So manches Gmünder Original sprang damals in passendem Outfit vom 10 m in den See. Wer dazu gehören wollte stand unter dem Sprungturm und applaudierte. Der Schießtalsee diente der Naherholung von Generationen Gmünder Bürgerinnen und Bürgern. Die Renaturierung des Sees steigert die Attraktivität des Bad Spencer Bades. Die Abwässer aus dem Pfaffenbach und dem Sulzbach gilt es zu neutralisieren. Gelingt dies mit der Trennwand und dem Ansiedeln von Schilf, so können Badegäste bald im Naturbadesee schwimmen. Darüber hinaus fungiert der See als Rückhaltebecken bei Starkregen.

Fehlende Wasserflächen um Schwimmen zu lernen moniert seit vielen Jahren der Schwimmverein. In der Tat, immer weniger Kinder, Jugendliche und Erwachsene können schwimmen. Deshalb liegt uns die Entwicklung unseres in die Jahre gekommenen Hallenbades am Herzen. Die Bundesmittel von 2,5 Mio € sind an die Verpflichtung gekoppelt, das Bad weitere 10 Jahre zu betreiben. Angesichts explodierender Energiepreise wird das schwierig. Die Bürgerliste plädiert für eine maßvolle Sanierung unter Beachtung der Energieeffizienz.

Neidisch schauen wir nach Aalen! Dort entsteht bis 2024 ein Kombibad für 44 Millionen €. Viele unserer Mitbürger, die es sich leisten können fahren weiterhin ins Oskar-Frech-Bad nach Schorndorf, ins F3 nach Fellbach oder ins Wonnemar nach Backnang. Gerade in Zeiten des fortschreitenden Klimawandels wäre ein attraktives Hallenbad vor Ort ein Beitrag zum Klimaschutz gewesen.

Bis Mai 2022 sollen sieben weiterführende Schulen funktionsfähig an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Dann folgen Zug um Zug die restlichen Schulen in den Gmünder Teilorten. Wann ist die Digitalisierung der Gmünder Schulen abgeschlossen?

Unsere Innenstadtfeuerwehr ist im Florian nicht mehr zeitgemäß untergebracht. Unsere Fraktion sprach sich klar und deutlich für die Sanierung und Erweiterung des Florian aus. Nun warten wir mit Spannung auf den Entwurf und hoffen, dass die Realisierung bald beginnt.

Zum Ende unserer Ausführungen fragen wir uns, wie geht es weiter mit der Erinnerungskultur und der weiteren Arbeit des „Freundeskreises jüdische Geschichte und Kultur in Schwäbisch Gmünd?“ Dazu erwarten wir einen Bericht von Museumsleiter und Stadtarchivar.

Lassen Sie mich enden mit einem Zitat von JFK:

„Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“

### Haushaltsrelevante Anträge

Abschaffung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024! Infoveranstaltung mit Herrn Brugger vom Städtetag vor der Sommerpause 2022

Einführung einer Verpackungssteuer nach dem Modell Tübingen

PV-Anlagen auf allen städtischen Gebäuden. Die Verwaltung prüft, inwieweit Denkmalschutz und PV- Anlagen auf den Dächern der denkmalgeschützten Innenstadt realisierbar sind

### Nicht haushaltsrelevante Anträge

Umfrage bei den Betrieben ob die Wiedereinführung eines Werksverkehr von den MA angenommen wird

Vorschläge seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk für eine Jugendherberge

Bericht zur Erinnerungskultur

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!